

ANTRÄGE

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg

Kreis 11

Antrag Nr. A 11-13

Antragsteller: Abteilung 5 Friedrichsfelde

KDV Lichtenberg am 23. September 2013

5 Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen

Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Die KDV Lichtenberg möge beschließen:Der Landesparteitag möge beschließen:10 Der Bundesparteitag möge beschließen: (durch Abt. 5 wegen Antragschluss direkt eingebracht)

Aufnahme afghanischer Helfer/innen und ihrer Familien in Deutschland sichern

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und im gegebenen Fall auch der kommenden Bundesregierung setzen sich dafür ein, in Vorbereitung des Abzuges der Bundeswehr aus Afghanistan eine Einreise- und Aufnahmeregelung für die einheimischen Helfer/innen der Polizei, Bundeswehr, deutscher Stiftungen und NGO's zu schaffen, die ihnen und ihren Familien ohne Beweispflicht einer individuellen Bedrohungs- oder Verfolgungssituation Aufnahme und Schutz in Deutschland bietet.

15

Begründung:

Bis Dezember 2014 wird die Bundeswehr nach 11 Jahren Einsatz Afghanistan verlassen. Rund 2000 Einheimische arbeiten gegenwärtig für die in Afghanistan engagierten deutschen Institutionen – als Übersetzer, Kontaktpersonen, Bürokräfte, Fahrer u.a.. Diese Menschen gehen aufgrund der weiterhin instabilen Sicherheitslage im Land ein großes persönliches Risiko ein. Teilweise werden sie bereits jetzt durch die Taliban und andere islamistische Kräfte aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit westlichen Institutionen als „Verräter“ mit dem Tode bedroht.

20

Mit dem bevorstehenden Abzug der Bundeswehr bleiben diese Menschen und ihre Familien besonders gefährdet und weitgehend schutzlos zurück, da die afghanischen Sicherheitskräfte nach realistischen Einschätzungen bislang nicht in der Lage sind, eine adäquate Sicherheit zu gewährleisten. Kanada, die USA und Frankreich haben für die mit ihnen kooperierenden Einheimischen jeweils ein Aufnahmeprogramm beschlossen. Die Bundesrepublik scheint hier bislang keine Vorsorge getroffen zu haben und verweist gemäß eines Berichtes der ZEIT (v. 07.02.2013, S. 3) darauf, dass eine „nachweisliche“ und „konkrete“ Gefährdung zu belegen sei. Die Bundesrepublik muss sich hier umgehend ihrer besonderen Verantwortung für die einheimischen Helfer/innen bewusst werden und für diese eine unbürokratische Aufnahmemöglichkeit in Deutschland schaffen. Die betroffenen Menschen dürfen aufgrund der politischen Entscheidung zum Truppenabzug nicht in Lebensgefahr geraten und damit nachträglich den Preis für einen nur bedingt erfolgreichen Nato-Einsatz zahlen.

25

30